

Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

Gneisenaustr. 2a ♦ 10961 Berlin ♦ Tel.: 030 6946746 ♦ info@medibuero.de
www.medibuero.de ♦ Bürozeiten: Montag + Donnerstag 16.30 - 18.30 Uhr

Berlin, 15. September 2011

Presseinformation

Pleite abgewendet – Medibüro arbeitet weiter

Nachdem das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin (Medibüro) im August dieses Jahres seine finanzielle Notlage erklärt hat, sind viele Spenden eingegangen. Neben der Vermittlung von Patientinnen und Patienten an Arztpraxen und Gesundheitseinrichtungen, die bereit sind umsonst zu behandeln, können daher zur Zeit in gewissem Umfang auch wieder Kosten für Medikamente, Operationen, Geburten, Brillen oder Krankenhausaufenthalte übernommen werden. Das Medibüro bedankt sich dafür sehr herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern!

Die medizinische Versorgung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus und von Migrantinnen und Migranten ohne Zugang zur Krankenversicherung ist jedoch weiterhin völlig ungesichert.

Aus diesem Anlass lud das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe am 30.8.2011 Akteure aus Politik und Gesundheitswesen in Berlin zu einer Podiumsdiskussion.

Dr. Michael Abou-Dakn, Chefarzt der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe des St. Joseph Krankenhauses, berichtete über die Probleme der Krankenhäuser bei der medizinischen Versorgung von unversicherten Patientinnen und Patienten. Als Arzt stehe er im Dilemma zwischen der medizinisch gebotenen Gesundheitsversorgung und der Notwendigkeit, Behandlungen abrechnen zu müssen, um als Krankenhaus wirtschaftlich überleben zu können, so Chefarzt Dr. Abou-Dakn. Barbara El-Said, Sozialarbeiterin im Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung Charlottenburg-Wilmersdorf schilderte anschaulich die Not bedürftiger Patientinnen und die Probleme, die sich daraus insbesondere bei der Schwangerschaftsbetreuung ergeben. Von Seiten des Büros für medizinische Flüchtlingshilfe fasste Dr. Jessica Groß die Erfahrungen aus 15 Jahren Praxis zusammen: Eine vernünftige Gesundheitsversorgung sei spendenfinanziert und auf der Basis von unentgeltlicher Arbeit nicht zu machen. Dies illustrierte auch der antirassistische Aktivist und Flüchtlingsvertreter Gaston Ebuja, und berichtete von den Problemen der Finanzierung einer notwendigen Chemotherapie bei einer an Brustkrebs erkrankten Patientin.

Von Seiten der Praxisvertreter/innen wurden der Handlungsbedarf deutlich gemacht und politische Lösungen gefordert.

Thomas Isenberg, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, hatte gegenüber der „tageszeitung“ am 2.8.2011 erklärt, wenn der nächste Koalitionspartner nicht CDU heiße, „kommt der anonyme Krankenschein in der nächsten Legislaturperiode“. Entgegen dieser Ankündigung erklärte Isenberg auf der Veranstaltung, er verstehe den Handlungsbedarf, könne aber über konkrete Lösungsmodelle noch keine Aussagen machen. Ähnlich äußerte sich die migrations- und flüchtlingspolitische Sprecherin der Berliner Abgeordnetenhausfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Canan Bayram: In der nächsten Legislaturperiode müsse auch aus integrationspolitischer Sicht dringend an Lösungen gearbeitet werden, ob

ein anonymer Krankenschein, ein Fonds oder andere Modelle umsetzbar seien, müsse erst geprüft werden. Prof. Dr. Benjamin Hoff von der Partei Die Linke und Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Gesundheit berichtete von den Erfahrungen des Runden Tisches „Flüchtlingsmedizin“ und den Auseinandersetzungen mit dem SPD geführten Innensenat, der eine Gesundheitsversorgung ohne Offenbarung der Identität, und damit der Gefahr der Abschiebung, strikt ablehnte.

Im weiteren Verlauf der Diskussion verdeutlichte Dr. Jessica Groß die Vorteile des vom Medibüro konzipierten Modells eines anonymen Krankenscheins: Auf der Basis des zwar insgesamt ungenügenden Asylbewerberleistungsgesetzes hätten die Betroffenen dann immerhin einen Anspruch auf medizinische Versorgung. Demgegenüber biete ein Fonds nur eine ungesicherte Versorgung mit unklaren Zugangskriterien.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die Gesundheitsversorgung von Menschen aus den neuen EU Ländern, die oft weder hier noch in ihren Herkunftsländern krankenversichert sind. Ein großes Problem sind u.a. Impfungen für hier geborene Kinder, die von den Eltern nicht finanziert werden können. Auch den Kinder- und Jugendgesundheitsdiensten fehlen die Mittel für die Bezahlung der Impfstoffe. Staatssekretär Hoff versprach an dieser Stelle für Abhilfe zu sorgen. Da auch ein anonymer Krankenschein die medizinische Versorgung von EU Bürgern nicht löse, forderten die Vertreter/innen aus der Praxis eine Verbesserung der sozialrechtlichen Beratungskompetenz und die reibungslosere Umsetzung sozialrechtlicher Ansprüche durch die Sozialämter z.B. bei Nothilfe.

Insgesamt stieß die Veranstaltung mit über 100 Teilnehmer/innen auf großes öffentliches Interesse. Auch aus dem Publikum heraus berichteten Ärzt/innen und Psycholog/innen anschaulich von den Problemen der Gesundheitsversorgung von nicht-versicherten Migrant/innen und Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus und hoben insbesondere die spezifische Abhängigkeitssituation und alltägliche Angst vor Aufdeckung der Betroffenen hervor.

Obwohl alle eingeladenen Politiker/innen ihre Bereitschaft bekundeten, an Lösungsmodellen zu arbeiten, scheint die konkrete Umsetzung noch unklar. Das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe wird also zunächst weiterhin auf Spendengelder angewiesen sein. Darüber hinaus wird das Medibüro auch in der kommenden Legislaturperiode politische Lösungen in Berlin und bundesweit einfordern und mit der Politik im kritischen Dialog bleiben.